



Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

Brüssel, 22. November 2006

Rat akzeptiert nutzerfreundlichere Haushaltsordnung Europaweite Sperre für Betrug mit EU-Geld vereinbart

Der Rat hat gestern trotz teilweiser chaotischer Verhandlungsführung der amtierenden Ratspräsidentschaft die Reformvorschläge des Europäischen Parlaments zur Überarbeitung der Haushaltsordnung akzeptiert. Damit hat das Parlament bedeutende Verfahrenserleichterungen für Zuschussempfänger und Wirtschaftsunternehmen erreicht. Dies teilt die Berichterstatterin des Parlaments, Inge Gräßle (CDU) heute mit. "Die überarbeitete Haushaltsordnung ist ein Meilenstein für mehr Nutzerfreundlichkeit und für Transparenz von EU-Geldempfängern", so Gräßle. "Das Parlament hat mit seinen Änderungsanträgen deutlich gemacht, dass es die Klagen der europäischen Öffentlichkeit über Bürokratiekosten gehört hat und ernst nimmt. Wir haben für Abhilfe gesorgt". In buchstäblicher letzter Minute wurde die Forderung des EP aufgenommen, dass die Mitgliedstaaten künftig wegen Betrugs, Geldwäsche und Korruption rechtskräftig verurteilte und deshalb von EU-Vergabeverfahren ausgeschlossene Unternehmer an die für diese Fälle bereits bestehende Datenbank der Kommission melden müssen. "Die EU hat lange genug die rote Laterne für ungenügende Schritte gegen die Korruptionsbekämpfung getragen. Jetzt gibt es endlich europaweit eine Sperre für Betrug mit EU-Geld", sagte Gräßle. Die wichtigsten Punkte des Reformpakets sind:

Entbürokratisierung von Zuschussverfahren

- Antrags**formulare** und die sie begleitenden Handbücher werden in der gleichen Zuschussfamilie **einheitlich** gestaltet. Das spart beträchtlichen Aufwand bei allen, die Zuschüsse beantragen.
- Programmausschreibungen können künftig bis zu ein Jahr vor Programmstart erfolgen. Damit stehen die Mittel schneller bereit, lange **Vorfinanzierungszeiten** können entfallen.
- Zuschussanträge werden grundsätzlich auf einer ersten **Stufe** einer Vorprüfung unterzogen. Hierdurch werden offensichtlich erfolglose Anträge ausgesondert, Kosten für den Antragsteller für aufwändige Dokumentationen vermieden. Die bereits eingereichten Unterlagen werden für ein Jahr bei der Kommission **gespeichert** und müssen in dieser Zeit - vorausgesetzt dass sich nichts ändert - nicht erneut eingereicht werden, wenn ein weiterer Antrag gestellt wird.
- Während des Antragsverfahrens **unterstützt** die Kommission die Antragsteller.

Förderfähige Kosten erstmals festgelegt

- Die Antragsteller wissen bereits im Voraus, welche der Kosten ersatzfähig sind - hierzu zählen insbesondere die Kosten für Bürgschaften, die die Antragsteller während der Förderung stellen müssen.
- Die Kommission wird zukünftig Zuschussentscheidungen treffen können. die langwierige Versendung und Gegenzeichnung von Förderverträgen entfällt.
- Öffentliche Träger, die über eigene Prüfungsämter verfügen, können auch Testate dieser Prüfungsämter abgeben und müssen solche Aufträge nicht mehr nach außen an externe Prüfer vergeben.

Transparenz aller Zuschussempfänger

- Ab 2008 werden Zuschussempfänger veröffentlicht. Hierdurch wird klarer erkennbar, ob die vom Parlament beabsichtigten Empfängergruppen auch tatsächlich eine Förderung erhalten. Dieser Punkt erlaubt es, bereits zur Mid-Term-Review 2009 die europäischen Förderprogramme zu überarbeiten.

Mittelstandsfreundlichere Verfahren bei Ausschreibungen

- Die Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge werden vereinfacht: Die **Schwellenwerte** ab denen Ausschreibungsverfahren durchzuführen sind, wurden **angehoben**. Bei geringwertigen Aufträgen (d.h. bis 3.500 €) kann von der Erbringung von (bislang sehr aufwändigen) **Nachweisen** (d.h. Unterlagen) der technischen und finanziellen Leistungsfähigkeit vollständig **abgesehen** werden.
- Bei der Vergabe soll eine **Aufteilung in Einzel- bzw. Teillose** erfolgen, um möglichst vielen Wirtschaftsteilnehmern einen Zugang zum Verfahren zu eröffnen.

Mehr Wettbewerb

- Bislang beliebte, weil ohne erneute Ausschreibung über 4 Jahre geltende **Rahmenverträge** werden künftig wie Einzelverträge öffentlich gemacht und nach der Hälfte der Laufzeit überprüft. Dadurch ist eine Stärkung des Wettbewerbs durch regelmäßige Preisprüfung am Markt zu erwarten; damit eröffnet sich auch die Chance für andere, in diese Verträge eintreten zu können.

Ernsthafte Betrugs- und Korruptionsbekämpfung

- Die Mitgliedsstaaten müssen künftig wegen Betrugs, Korruption, Geldwäsche und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung rechtskräftig verurteilte und von der Teilnahme an EU-Ausschreibungen ausgeschlossene Wirtschaftsteilnehmer an eine bereits für diese Zwecke bestehende Datenbank der Kommission melden und können diese Datenbank bei eigenen Ausschreibungen konsultieren. Damit wird der europäische Raum für öffentliche Vergaben gestützt und die EU-Fonds besser vor kriminellen Machenschaften geschützt. Allein in den Strukturfonds gehen jedes Jahr knapp 70 Mio. Euro dadurch verloren. Das Parlament machte sich eine Forderung des OLAF-Generaldirektors zu eigen.

Sonstiges

- Zuschüsse für europäische Medienunternehmen zur Unterstützung ihrer Berichterstattung über Europa können künftig direkt vergeben werden.
- Die Kommission bleibt für die Rechnungsprüfung der dezentralen Agenturen weiter voll verantwortlich.
- Die Rechte des Parlaments bei den Mittelübertragungen (Transfers) bleiben vollumfänglich erhalten.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847868